AUFFORDERUNG ZUR ABGABE VON TEILNAHMEANTRÄGEN IM RAHMEN EINES VERHANDLUNGSVERFAHRENS MIT TEILNAHMEWETTBEWERB

zum Vergabeverfahren

Neubau Turmbergschule in Weingarten (Baden) („Planen und Bauen“)

der Gemeinde Weingarten (Baden)

☒ EU-weite Ausschreibung	☒ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	**Ende Teilnahmefrist:** Datum: **18.12.2026** Uhrzeit: **11:00 Uhr**

An die Bewerber und Bieter

Weingarten (Baden), den 17. November 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Weingarten beabsichtigt den (schlüsselfertigen) Neubau der Turmbergschule in Weingarten. Mit diesem Vergabeverfahren beschafft die Gemeinde Weingarten die dafür erforderlichen Leistungen. Der Auftragnehmer soll die Projektorganisation, die Planung und die Bauausführung des Neubaus übernehmen („Planen und Bauen“). Dazu kommen die Wartungsleistungen im Rahmen des Gewährleistungszeitraums.

Für das Vergabeverfahren gilt die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A), Abschnitt 2 (VOB/A-EU), verkündet als Bek. v. 31.01.2019 (BAnz AT 19.02.2019 B2) in der aktuellsten Änderungsfassung.

Die Gemeinde Weingarten führt ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durch.

Sie haben die Möglichkeit, innerhalb der Teilnahmefrist einen Teilnahmeantrag einzureichen. Mit dem Teilnahmeantrag sind die von der Gemeinde Weingarten geforderten Informationen für die Prüfung der Eignung (Eignungsnachweise) und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen zu übermitteln. Anschließend prüft und bewertet die Gemeinde Weingarten die von den Bewerbern übermittelten Informationen. Nur diejenigen Unternehmen, die daraufhin von der Gemeinde Weingarten dazu aufgefordert werden, können ein Erstangebot übermitteln, das die Grundlage für etwaige spätere Verhandlungen bildet. Die Einzelheiten zum Verfahrensablauf sind nachfolgend in den Bewerbungsbedingungen beschrieben.

Die Gemeinde Weingarten bittet daher um die Abgabe von Teilnahmeanträgen bis zum **18. Dezember 2026, 11:00 Uhr** in elektronischer Form über die Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal („DTVP“, https://dtvp.de/).

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Bürgermeister Eric Bänziger

Anlagen:

- Bewerbungsbedingungen und Verfahrenshinweise
- Formblatt Teilnahmeantrag
- Formblatt Musterverpflichtungserklärung nach LTMG (Anlage zum Teilnahmeantrag)
- Formblatt „Erklärung zu Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014“ (Anlage zum Teilnahmeantrag)

- Formblatt „Referenzen“ (Anlage zum Teilnahmeantrag)
- Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ (Anlage zum Teilnahmeantrag)
- Formblatt „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“ (Anlage zum Teilnahmeantrag)
- Formblatt „Erklärung Bewerber- und Bietergemeinschaft“ (Anlage zum Teilnahmeantrag)
- Verpflichtungserklärungen nach LTMG
- Unterlagenverzeichnis
- Inhaltsverzeichnisse der funktionalen Leistungsbeschreibungen (vollständige Leistungsbeschreibung wird den Bietern erst mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe übermittelt)

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN UND VERFAHRENSHINWEISE

zum Vergabeverfahren

Neubau Turmbergschule in Weingarten (Baden) („Planen und Bauen“)

der Gemeinde Weingarten (Baden)

1.1 Festlegungen zum Ablauf des Vergabeverfahrens

1.1.1 Ausschreibende Stelle

Gemeinde Weingarten (Baden)
Marktplatz 2
76356 Weingarten (Baden)

1.1.2 Gegenstand der Beschaffung (Kurzbeschreibung)

Mit diesem Vergabeverfahren beschafft die Gemeinde Weingarten die für den (schlüsselfertigen) Neubau der Turmbergschule Weingarten erforderlichen Leistungen. Der Auftragnehmer soll die Projektorganisation, die Planung und die Bauausführung des Neubaus übernehmen („Planen und Bauen“). Zu den vertraglichen Leistungen des Auftragnehmers gehören alle Bauteile und Gewerke, die Bau- und Lieferleistungen und die für das geschuldete Vertragsziel erforderlichen Planungsleistungen zur Realisierung des Vertragszieles anhand sämtlicher beigefügter Vergabeunterlagen und seinen eigenen Erkundungen. Dazu kommen die notwendigen Wartungsleistungen innerhalb des Gewährleistungszeitraums.

Die Turmbergschule soll als Gemeinschaftsschule auf dem heutigen Festplatz neu gebaut werden. Die Gemeinschaftsschule wird Räumlichkeiten für die Primarstufe (Klasse 1-4) sowie die Sekundarstufe I (Klasse 5-10) umfassen. Insgesamt ist eine Programmfläche von ca. 2.350 m² für die Primarstufe und ca. 5.000 m² für die Sekundarstufe I vorgesehen, sodass insgesamt eine Programmfläche von ca. 7.350 m² vorzusehen ist. Hinzu kommen nutzungsspezifische Verkehrs-, Technik- und Sonderflächen. Es wird eine BGF von ca. 11.000 m² erwartet.

In der vierzügigen Primarstufe soll das zukünftige Lernen statt in klassischen Klassenräumen in offenen Lernclustern stattfinden. Die Gemeinschaftsschule sieht für den allgemeinen Unterrichtsbereich der dreizügigen Sekundarstufe I vollständig offene Lernlandschaften in Form von Lernhäusern vor. Lediglich für den fachspezifischen Unterrichtsbereich (z.B. Kunst, Musik, Naturwissenschaften und Lehrküche) sind noch klassische Klassenräume geplant.

Neben den Unterrichtsräumen ist ein Gemeinschaftsbereich aus Foyer, Aula und Mensa vorgesehen. Die Mensa mit Küchenbereich versorgt insgesamt bis zu 800 Schülerinnen und Schülern (SuS) in drei Schichten. Die Verpflegung erfolgt als Regenerierküche mit frischen Anteilen. Zusätzlich sind Verwaltungsflächen für das Schulpersonal sowie Nebenräume für Lager und Sanitärbereiche sinnvoll im Gesamtgefüge der Schule anzuordnen.

Aufgabe ist es auch, für die Schule einen attraktiven und gut nutzbaren Schulhof zu schaffen sowie Unterrichtsflächen im Außenraum (z.B. „grünes Klassenzimmer“). Hinzu kommen die für die Schule notwendigen Stellplatzflächen im Außenraum.

Als Baugrundstück ist der heutige Festplatz der Gemeinde Weingarten (Baden) vorgesehen (Flst.-Nr. 13474), das im Eigentum der Gemeinde Weingarten (Baden) steht. Der westliche Teil des Festplatzes wird zeitnah durch ein Gebäude

für Feuerwehr bebaut, ein weiterer Teil voraussichtlich für Stellplätze aktiviert. Die restliche Fläche von ca. 10.000 m² steht für den Neubau der Schule inkl. der zugehörigen Außenanlagen zur Verfügung.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der funktionalen Leistungsbeschreibung (FLB). Die wesentlichen Inhalte der funktionalen Leistungsbeschreibung werden bereits im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs in Form von Inhaltsverzeichnissen der FLB-Teile zur Verfügung gestellt. Die vollständige Leistungsbeschreibung übermittelt die Gemeinde Weingarten den Bietern erst mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe. Gleiches gilt für den Vertragsentwurf.

Als Kostenziel wird ein Pauschalfestpreis von 40 Mio. Euro (brutto) für die TU-Vertragskosten (ohne Wartung) vorgegeben.

1.1.3 Grundsätzliche Bestimmungen

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VOB/A-EU
Verfahrenssprache: Die Verfahrenssprache ist Deutsch.

1.1.4 Losweise Vergabe

Eine losweise Vergabe findet nicht statt.

1.1.5 Mehrere Hauptangebote; Nebenangebote

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist nicht gestattet.

Nebenangebote sind ausgeschlossen.

1.1.6 Bewerber- und Bietergemeinschaften

Bewerber- und Bietergemeinschaften sind zulässig.

Eine Rechtsform für Bewerber- und Bietergemeinschaften ist nicht vorgeschrieben.

Die Mitglieder einer Bewerber- und Bietergemeinschaft haften dem Auftraggeber für die Leistungserbringung gesamtschuldnerisch.

Bewerber- und Bietergemeinschaften haben einen bevollmächtigten Vertreter für die Teilnahme am Vergabeverfahren sowie für die Vertragsdurchführung zu benennen. Hierzu ist das **Formblatt „Erklärung zur Bewerber- und Bietergemeinschaft“** zu verwenden. Es ist vom Bevollmächtigten und von jedem Mitglied der Bewerber- und Bietergemeinschaft in Textform (§ 126b BGB) zu unterzeichnen.

Außerdem müssen alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft das Formblatt „Teilnahmeantrag“ (bei „Form der Beteiligung am Vergabeverfahren“ ist „Mitglied einer Bewerbergemeinschaft“ anzukreuzen) nebst einschlägigen Anlagen zum Teilnahmeantrag ausfüllen und innerhalb der Teilnahmefrist übermitteln.

1.1.7 Unteraufträge; Eignungsleihe

1.1.7.1 Unteraufträge

Beabsichtigt der Bewerber, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, muss er diese Teile des Auftrags mit seinem Teilnahmeantrag benennen.

Für die vom Bewerber geforderten Angaben stellt der Auftraggeber das Formblatt **„Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“** zur Verfügung, das von den Bewerbern, die Unterauftragnehmer einzusetzen beabsichtigen, in Textform (§ 126b BGB) auszufüllen und dem Auftraggeber bereits mit dem Teilnahmeantrag zu übermitteln ist.

Kommt das Angebot des Bieters in die engere Wahl, hat der Bieter die Leistungen, die er im Wege von Unteraufträgen an Dritte zu vergeben gedenkt, sowie die gegebenenfalls vorgeschlagenen Unterauftragnehmer mit Namen, gesetzlichen Vertretern und Kontaktdaten anzugeben (vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 2 VOB/A EU) und Verpflichtungserklärungen der Unterauftragnehmer vorzulegen, um nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Für die vom Bieter geforderten Angaben stellt der Auftraggeber das Formblatt **„Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“** zur Verfügung, das vom Bieter in Textform (§ 126b BGB) auszufüllen und dem Auftraggeber auf Verlangen innerhalb der vom Auftraggeber angegebenen Frist zu übermitteln ist.

Es wird empfohlen, entsprechende Angaben nach Möglichkeit bereits mit dem Teilnahmeantrag zu machen.

Auf die nachfolgenden Vorgaben des Auftraggebers wird hingewiesen:

Der Auftragnehmer darf Auftragsleistungen im Wege von Unteraufträgen an Nachunternehmer nur vergeben, wenn diese fachkundig und leistungsfähig – also geeignet – sind sowie keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 6e VOB/A EU vorliegen; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind, die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen und nach den gesetzlichen Bestimmungen befugt sind und die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, die auszuführende Leistungen erbringen zu dürfen.

Der Bewerber bzw. Bieter hat die Unterauftragnehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Unterauftragsleistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt.

Beabsichtigt der Auftragnehmer, andere als mit seinem Angebot bereits genannten Unterauftragnehmer zu beauftragen, so hat er hierfür das schriftliche Einverständnis des Auftraggebers einzuholen. Der Auftraggeber wird sein Einverständnis nur erteilen, wenn alle vertraglichen Voraussetzungen für die Durchführung der Unterauftragsleistung erfüllt sind.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet evtl. vereinbarte Abschlags- oder Vorauszahlungen in dem Umfang an den Unterauftragnehmer weiterzugeben, in dem dieser Leistungen erbringt.

1.1.7.2 Eignungsleihe

Sofern der Bewerber die Vergabe eines Teils des Auftrags an einen Dritten im Wege der Unterauftragsvergabe beabsichtigt und sich zugleich zum Nachweis seiner Eignung auf das andere Unternehmen stützt (Eignungsleihe), muss er bereits mit dem Teilnahmeantrag das eignungsverleihende Unternehmen benennen und durch Verpflichtungserklärung des eignungsverleihenden Unternehmens nachweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel des eignungsverleihenden Unternehmens zur Verfügung stehen.

In Bezug auf das eignungsverleihende Unternehmen dürfen keine Ausschlussgründe (§§ 123, 124 GWB; § 6e VOB/A EU) vorliegen. Außerdem muss das eignungsverleihende Unternehmen die an die Bieter zu stellenden Eignungsanforderungen erfüllen, wegen derer sich der Bieter des eignungsverleihenden Unternehmens bedient.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, haften der Bieter und das eignungsverleihende Unternehmen dem Auftraggeber entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam (§ 6d Abs. 2 VOB/A EU).

Für die vom Bewerber in Bezug auf die Eignungsleihe geforderten Angaben stellt der Auftraggeber die **Formblätter**

- **„Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“** und
- **„Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“**

zur Verfügung, welche von den Bewerbern, die eine Eignungsleihe in Anspruch zu nehmen beabsichtigen, dem Auftraggeber bereits mit dem Teilnahmeantrag zu übermitteln sind.

Außerdem muss das eignungsleihende Unternehmen das Formblatt „Teilnahmeantrag“ (bei „Form der Beteiligung am Vergabeverfahren“ ist „Eignungsleihendes Unternehmen“ anzukreuzen) nebst einschlägigen Anlagen zum Teilnahmeantrag ausfüllen. Auch diese Unterlagen sind von den Bewerbern, die eine Eignungsleihe in Anspruch zu nehmen beabsichtigen, dem Auftraggeber bereits mit dem Teilnahmeantrag zu übermitteln.

1.1.8 Informationen zum Vorhabengrundstück

Der Neubau der Turmbergschule soll auf dem heutigen Festplatz der Gemeinde Weingarten (Baden) verwirklicht werden (Flst.-Nr. 13474). Das Grundstück steht im Eigentum der Gemeinde Weingarten (Baden).
Die für die Leistungserbringung relevanten Informationen zum Vorhabengrundstück enthält die FLB, die den Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt wird.

1.1.9 Fristen und Termine des Vergabeverfahrens

Absendung der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen	17.11.2026
Frist für Fragen der Bewerber zum Teilnahmewettbewerb	10.12.2026
Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen	18.12.2026, 11:00 Uhr
Auswertung der Teilnahmeanträge	bis voraussichtlich Mitte Januar 2027
Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten	Voraussichtlich Ende Januar 2027
Frist zur Abgabe von Erstangeboten	Voraussichtlich Ende April 2027
Ggf. Verhandlungen und weitere Angebotsrunden	Voraussichtlich Sommer/Herbst 2027
Benachrichtigung der Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung	Voraussichtlich Oktober 2027
Beginn der Leistungserbringung	im Anschluss an die Zuschlagserteilung

Soweit des vorstehende Terminplan konkrete Fristen enthält, ist er für die Bewerber/Bieter verbindlich. Die Gemeinde Weingarten (Baden) behält sich ausdrücklich das Recht vor, den Terminplan anzupassen.

1.1.10 Ablauf des Vergabeverfahrens

Das Vergabeverfahren wird zweistufig abgewickelt: Zuerst erfolgt ein *Teilnahmewettbewerb* (erste Strufe), anschließend fordert die Gemeinde Weingarten (Baden) einzelne Unternehmen zur *Angebotsabgabe* auf und führt ein Verhandlungsverfahren durch (zweite Stufe).

1.1.10.1 Teilnahmewettbewerb

Die Gemeinde Weingarten (Baden) führt zunächst einen Teilnahmewettbewerb durch. Dazu fordert sie eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag müssen die Unternehmen innerhalb der Teilnahmefrist die von der Gemeinde Weingarten (Baden) geforderten Informationen für die Prüfung der Eignung (Eignungsnachweise) und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen übermitteln.

Hierbei handelt es sich im Einzelnen um die unter Ziffer 1.4 aufgelisteten Dokumente und Informationen.

Nach Ablauf der Teilnahmefrist prüft und bewertet die Gemeinde Weingarten (Baden) die von den Bewerbern übermittelten Informationen. Nur diejenigen Unternehmen, die daraufhin von der Gemeinde Weingarten (Baden) dazu aufgefordert werden, können ein Erstangebot übermitteln, das die Grundlage für etwaige spätere Verhandlungen bildet.

Die Gemeinde Weingarten (Baden) fordert nur geeignete Bewerber, bei denen

keine Ausschlussgründe vorliegen und die auch im Übrigen einen wertungsfähigen Teilnahmeantrag abgegeben haben, zur Angebotsabgabe auf.

Zur Angebotsabgabe fordert die Gemeinde Weingarten (Baden) mindestens 3 (Mindestzahl), aber maximal 5 Bewerber auf (Höchstzahl). Sollten mehr als 3 geeignete Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die auch im Übrigen einen wertungsfähigen Teilnahmeantrag abgegeben haben, vorhanden sein, führt die Gemeinde Weingarten (Baden) unter diesen Bewerbern ein Auswahlverfahren durch, um zu ermitteln, welche Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Auswahl erfolgt aufgrund der unter Ziffer 1.3.3 genannten Auswahlkriterien. Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der Mindestzahl liegt, führt die Gemeinde Weingarten (Baden) das Vergabeverfahren mit den Bewerbern fort, die über die geforderte Eignung verfügen.

1.1.10.2 Angebotsphase

Die von der Gemeinde Weingarten (Baden) zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen können ein Erstangebot abgeben.

Die Gemeinde Weingarten (Baden) verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern.

Die Gemeinde Weingarten (Baden) behält sich vor, ein abgestuftes Verhandlungsverfahren durchzuführen, bei dem sie die Zahl der Bieter beschränkt, mit denen sie über Erst- und Folgeangebote verhandelt. Dabei kann sie die Zahl der Bieter sowohl sukzessive (d.h. nach und nach über mehrere Verhandlungs- und Angebotsrunden) als auch unmittelbar auf bis zu drei Bieter beschränken. Die Auswahl der Bieter, mit denen die Gemeinde Weingarten (Baden) die Verhandlungen fortsetzt, erfolgt anhand der Zuschlagskriterien. Sie setzt die Verhandlungen jedenfalls mit den drei Bietern fort, deren vorheriges Angebot nach den Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste bzw. zweit- und drittwirtschaftlichste ist.

Mindestanforderungen, über die nicht verhandelt werden kann, legt die Gemeinde Weingarten (Baden) nicht fest. Rein vorsorglich weist die Gemeinde Weingarten (Baden) aber ausdrücklich darauf hin, dass sie über die Eignungskriterien nicht verhandelt; sie sind von den Bewerbern/Bietern zwingend zu erfüllen. Über die Zuschlagskriterien verhandelt die Gemeinde Weingarten (Baden) ebenfalls nicht.

Beabsichtigt die Gemeinde Weingarten (Baden), die Verhandlungen abzuschließen, so unterrichtet sie die verbleibenden Bieter und legt eine einheitliche Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter Angebote fest (endgültige Angebote). Über diese endgültigen Angebote verhandelt der Auftraggeber nicht mehr.

Der Auftraggeber erteilt den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot.

1.1.11 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt elektronisch über das Portal DTVP (www.dtvp.de). Der Bewerber/Bieter muss bei Registrierung auf der

Plattform eine E-Mail-Adresse angeben, damit eilige Information über die Nachrichtenfunktion des Portals übermittelt werden können.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er die Vergabestelle darauf unverzüglich und vor Angebotsabgabe über das Vergabeportal hinzuweisen.

Rückfragen der Bewerber/Bieter müssen über das Portal DTVP gestellt werden und werden auf demselben Weg beantwortet. Die Antworten werden zusammen mit den Fragen in anonymisierter Form an alle Bewerber/Bieter versandt.

Fragen der Bewerber zum Teilnahmewettbewerb sollten bis zum 10. Dezember 2026 gestellt werden, damit der Auftraggeber sie noch rechtzeitig vor Ablauf der Teilnahmefrist beantworten kann.

1.1.12 Form der Teilnahmeanträge und Angebote sowie deren Einreichung

Bitte beachten Sie die folgenden Anforderungen, deren Nichtbeachtung zum Ausschluss von der Vergabe führen kann.

Das Vergabeverfahren wird vollständig elektronisch über das Portal DTVP abgewickelt.

Teilnahmeanträge und Angebote sind unter Verwendung der bereitgestellten Formblätter unter Hinzufügung der vorgegebenen Anlagen sowie weiterer vom Bieter zu erstellenden Informationen einzureichen.

Teilnahmeanträge und Angebote sind in Textform (§ 126b BGB) innerhalb der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist über das Portal DTVP einzureichen. Auch sämtliche Anlagen sind in dieser Form einzureichen.

Das Portal sieht einen gesonderten Übermittlungsweg für Teilnahmeanträge bzw. Angebote vor („Upload-Funktion“). Seine Nutzung stellt sicher, dass Auftraggeber erst nach Ablauf der Angebotsfrist auf die Teilnahmeanträge/Angebote zugreifen können. Deshalb haben die Bewerber/Bieter ihre Teilnahmeanträge/Angebote zwingend auf diesem Weg einzureichen. Der normale Nachrichtenversand („Kommunikationsfunktion“) gewährleistet keine Geheimhaltung und keinen Manipulationsschutz. Aus diesem Grund weist der Auftraggeber darauf hin, dass jedenfalls Angebote, die über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform versendet werden, nicht gewertet werden können.

Nachträgliche Änderungen oder Berichtigungen der Teilnahmeanträge und Angebote durch den Bewerber bzw. Bieter sind als solche zu kennzeichnen und müssen in derselben Form und auf dieselbe Weise wie der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot, jedoch mit dem Zusatz „Nachtrag“ versehen übersandt werden. Änderungen sind nur bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist möglich.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote bzw. Teilnahmeanträge direkt über die Vergabeplattform zurückgezogen werden.

1.1.13 Rügen und Rechtsbehelfe

Rügen sind unverzüglich zu erheben. Sie sind über das Portal DTVP zu senden.

Zuständige Vergabekammer:

Regierungspräsidium Karlsruhe
- Vergabekammer -
Postanschrift: Vergabekammer Baden-Württemberg,
Regierungspräsidium Karlsruhe, 76247 Karlsruhe
Hausadresse: Vergabekammer Baden-Württemberg,
Kapellenstraße 17, 76131 Karlsruhe
Telefon: 0721 9268730
Fax: 0721 9263985
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

1.1.14 Zuschlag und Vertrag

Mit Erteilung des Zuschlags kommt ein Vertrag zu den Bedingungen dieser Ausschreibung zustande, ohne dass es hierfür einer Bestätigung des Bieters bedarf.

Die wesentlichen Inhalte des durch Zuschlagserteilung zustande kommenden Vertrags werden bereits im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zur Verfügung gestellt. Den vollständigen Vertragsentwurf übermittelt die Gemeinde Weingarten (Baden) den Bietern erst mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Es ist beabsichtigt, im Vertrag u. a. Folgendes zu regeln:

- Der geschuldete Leistungsumfang umfasst alle Leistungen, die erforderlich sind, um das beabsichtigte Bauvorhaben schlüsselfertig, baulich voll funktionsfähig, komplett und mängelfrei so zu erstellen, dass es zu den aus den Vertragsunterlagen erkennbaren Zwecken uneingeschränkt genutzt werden kann. Hierfür hat der Auftragnehmer sämtliche Planungs- und Ingenieurleistungen sowie fachplanerische Beratungsleistungen und Gutachterleistung zu erbringen, die zur schlüsselfertigen, baulich voll funktionsfähigen, kompletten und mängelfreien Erstellung des Bauvorhabens samt Außenanlagen erforderlich sind (soweit erforderlich auch *Besondere Leistungen* im Sinne der HOAI).
  Für Leistungen bis zum Abschluss der Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4 gemäß §§ 34, 55 HOAI) hat der Auftragnehmer denselben Objektplaner und denselben Planer der Technischen Ausrüstung (inkl. nutzungsspezifische Anlagen) zu beauftragen, um Schnittstellen zu vermeiden.
- Zum Leistungsumfang des Auftragnehmers gehören auch sämtliche Planungs-, Liefer- und Bauleistungen zur voll funktionsfähigen Herstellung einer Photovoltaikanlage einschließlich Batteriespeicher und notwendiger Zusatzgeräte. Die PV-Anlage ist maximal zu dimensionieren, insbesondere sind alle verfügbaren und geeigneten Dachflächen zu belegen.
- Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber aktiv bei der Beantragung beabsichtigter Fördermittel und gewährleistet die Einhaltung der entsprechenden Anforderungen, insbesondere liefert er die erforderlichen Nachweise, Bescheinigungen, Berechnungen und Dokumentation.

Der Vertrag wird so ausgestaltet, dass förderschädliche Beauftragungen vermieden werden. Für den Fall, dass beabsichtigte Fördermittel nicht wie beantragt gewährt werden, ist der Auftraggeber zur vorzeitigen Beendigung des Vertrags berechtigt.

- Der Termin zur Übergabe des Bauvorhabens nach abnahmereifer Fertigstellung ist so festzulegen, dass sich hieran unmittelbar die Sommerferien des Landes Baden-Württemberg anschließen.
- Der Auftragnehmer schuldet ein sog. Inbetriebnahmemanagement für die Dauer des ersten Betriebsjahres nach Abnahme.
- Der Auftragnehmer erbringt Wartungsleistungen für sämtliche wartungsbedürftige technische Anlagen für die Dauer der jeweiligen Gewährleistungsfristen, mindestens jedoch für die Dauer von 5 Jahren nach Fertigstellung des Bauvorhabens.

1.1.15 Aufhebung der Ausschreibung

Die Bieter werden verständigt, wenn die Ausschreibung aufgehoben wird.

1.2 Hinweise zur Erstellung des Teilnahmeantrags und des Angebots

1.2.1 Umgang mit Unterlagen und Informationen

Die Vertragsunterlagen dürfen nicht verändert werden. Änderungen an den Vertragsunterlagen und den Anlagen führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrags bzw. des Angebotes des Bewerbers bzw. Bieters. Keine Änderung in diesem Sinn sind Ergänzungen in Dokumenten, zu denen der Bewerber bzw. der Bieter explizit aufgefordert ist, also etwa eine Unterschrift oder ein Eintrag in einem Feld des Musterformulars, nicht aber solche, die die geforderte Angabe modifizieren. Sofern Felder nicht ausreichen, um alle Eintragungen vorzunehmen, dürfen ergänzende Angaben auf gesonderten Seiten eingereicht werden.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. des Angebotes verwendet werden. Jede – auch auszugsweise – Veröffentlichung oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens hat der Bieter über die ihm im Zuge des Verfahrens bekannt gewordenen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren.

1.2.2 Vergütung für die Erstellung des Angebots

Die Bewerber erhalten für die Erstellung des Teilnahmeantrags keine Vergütung.

Die Angebotserstellung wird wie folgt vergütet:

Zur Angebotsabgabe aufgeforderte Bieter, die tatsächlich ein vollständiges Erstangebot übermitteln, erhalten für die Angebotserstellung eine Vergütung in Höhe von EUR 50.000. Weitere EUR 30.000,00 erhalten die Bieter, die ein zuschlagsfähiges endgültiges Angebot übermitteln.

Der Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt wird, erhält keine Vergütung.

1.2.3 Preisangaben

Das Angebot muss alle Preise inkl. Umsatzsteuer enthalten. Alle Preise sind in EURO und an den entsprechenden Stellen des Preisblattes anzugeben. Skonti und Rabatte werden nicht bewertet. Eine Preisgleitung wird nicht vereinbart. Der angebotene Preis versteht sich als Pauschalfestpreis.

1.2.4 Bestätigung des Teilnahmeantrags und des Angebots durch Einreichung und Unterzeichnung in Textform

Durch die Unterzeichnung des Teilnahmeantrags bzw. des Angebotsschreibens an der vorgesehenen Stelle in Textform (§ 126b BGB) und Einreichung desselben gibt der Bewerber bzw. Bieter einen bindenden Teilnahmeantrag bzw. ein bindendes Angebot ab. Die Bewerbungsbedingungen und Vertragsunterlagen werden Bestandteil dieses Teilnahmeantrags bzw. Angebots.

1.3 Hinweise und Unterlagen zur Prüfung und Bewertung des Teilnahmeantrags und des Angebots

1.3.1 Nachfordern von Unterlagen

Der Auftraggeber fordert Unterlagen unter der Beachtung der Voraussetzungen des § 16a VOB/A EU nach.

1.3.2 Bewertung der Teilnahmeanträge (Eignungsprüfung)

Der Auftrag wird an ein fachkundiges und leistungsfähiges Unternehmen vergeben (§ 122 GWB), das nicht nach den §§ 123 oder 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU ausgeschlossen wird. Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs prüft der Auftraggeber, ob der Bewerber geeignet ist und keine Ausschlussgründe vorliegen.

Die Mindestanforderungen an die Eignung der Bewerber und die zur Prüfung der Eignung erforderlichen Nachweise ergeben sich aus der europaweiten Bekanntmachung und werden nachfolgend lediglich wiederholt.

Präqualifizierte Unternehmen können den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) führen. Unternehmen, die nicht präqualifiziert sind oder die mit ihrer Präqualifikation nicht die nachfolgend genannten Eignungsanforderungen erfüllen, müssen ihre Eignung durch die Übermittlung der nachfolgend genannten Eignungsnachweise belegen.

1. *Mindestanforderung: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen*

   Hinsichtlich des Bewerbers dürfen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU vorliegen, einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG.

   Als Nachweis ist vom Bewerber/jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft

im Teilnahmeantrag eine verbindliche Eigenerklärung abzugeben, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG.

2. *Mindestanforderung: „Versicherungsschutz“*

   Der Bewerber stellt sicher, dass er und seine Nachunternehmer über eine dem Auftragsrisiko angemessene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügen. Der Deckungsumfang muss den deutschen allgemeinen Haftpflichtbedingungen (AHB) entsprechen. Die Deckungssummen für die Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung muss jeweils mindestens EUR 5.000.000,00 (jeweils zweifach maximiert pro Jahr) betragen.

   Als Nachweis ist vom Bewerber/jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft im Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben.

3. *Mindestanforderung: Tariftreue*

   Der Auftraggeber vergibt den Auftrag nur an Unternehmen, die tariftreu im Sinne des baden-württembergischen Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) verhalten, insbesondere das erforderliche Mindestentgelt zahlen. Gemäß § 5 Abs. 1 LTMG haben die Bewerber sowie deren Nachunternehmen und Verleihunternehmen (§ 6 Abs. 1 Satz 1 LTMG), soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 LTMG (Tariftreueerklärung) oder § 4 Abs 1 LTMG (Mindestentgelterklärung) abzugeben. Die Verpflichtungserklärungen sind auch für Nachunternehmen und Verleihunternehmen vorzulegen, wenn das Auftragsvolumen des Nachunternehmens oder Verleihunternehmens EUR 10.000,00 (netto) oder mehr beträgt.

   Als Nachweis ist vom Bewerber/jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft die vom Land Baden-Württemberg bereitgestellte Musterverpflichtungserklärung nach LTMG abzugeben, die den Vergabeunterlagen beigefügt ist.

4. *Mindestanforderung: Kein Russlandbezug Im Sinne des Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014*

   Der Bewerber, seine etwaigen Unterauftragnehmer, Lieferanten und Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch nimmt, dürfen keinen Bezug zu Russland im Sinne des Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014 aufweisen.

   Als Nachweis ist vom Bewerber/dem Vertreter der Bewerbergemeinschaft eine Eigenerklärung auf dem Formblatt „Erklärung zu Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014“ vorzulegen.

5. *Mindestanforderung: Umsatz*

   Der Bewerber muss in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils einen Gesamtumsatz von mindestens EUR 65.000.000,00 (netto) erzielt haben. Im Falle eines Teilnahmeantrags einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder allein oder die Mitglieder

in der Summe über den nötigen Mindestumsatz verfügen.

Als Nachweis ist vom Bewerber/der Bewerbergemeinschaft im Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung zu den Umsätzen abzugeben.

6. *Mindestanforderung: Registereintragungen und Befugnis zur Leistungserbringung*

Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft müssen zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen befugt sein.

Als Nachweis ist vom Bewerber/ der Bewerbergemeinschaft im Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung mit Angaben dazu abzugeben, ob er/sie im Handelsregister, für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle und/oder bei der bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen ist/sind sowie ein bauvorlageberechtigter Entwurfsverfasser (vgl. §§ 43, 63a Landesbauordnung Baden-Württemberg) im eigenen Unternehmen beschäftigt wird. Falls der Teilnahmeantrag des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft in die engere Wahl kommt, muss der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft auf Verlangen des Auftraggebers zur Bestätigung seiner/ihrer Erklärung vorlegen: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer, geeignete Unterlage zum Nachweis der Bauvorlageberechtigung des Entwurfsverfassers.

7. *Mindestanforderung: Referenz Bauen*

Der Bewerber muss über mindestens eine geeignete Referenz über die Erbringung von vergleichbaren Bauleistungen verfügen. Die Referenz muss jeweils zwingend sämtliche nachfolgende Anforderungen erfüllen:

- Schlüsselfertiger Neubau oder Erweiterung eines Gebäudes;
- mindestens 5.500 m² BGF (Neubau/reine Erweiterungsfläche);
- Einordnung mindestens in HZ IV gemäß § 34 i.V.m. Anlage 10 HOAI;
- Projektabschluss (Übergabe an den Auftraggeber) innerhalb der letzten 10 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist).

Im Falle eines Teilnahmeantrags einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder über die nötige Referenz verfügt.

Es ist zulässig, dass der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft dieselben Referenzen wie im Rahmen der „Mindestanforderung: Referenz Planen“ angibt, sofern die Voraussetzungen jeweils erfüllt sind.

Als Nachweis ist vom Bewerber/der Bewerbergemeinschaft mindestens eine geeignete Referenz mit den auf dem Formblatt „Referenzen“ geforderten Angaben (Namen des Referenzprojekts; Anschrift des Referenzprojekts; Kurzbeschreibung des Projekts inkl. Bilddarstellung (Foto); Name des Bauherrn/Auftraggebers; Anschrift des Bauherrn/Auftraggebers; Bestätigung des Bewerbers zur Referenz) zu benennen. Außerdem sind aussagekräftige Fotos zum Referenzprojekt vorzulegen. Als Anlage ist maximal

1 DIN A4-Blatt je Referenz mit weiteren Informationen zulässig.

8. Mindestanforderung: Referenz Planen

Der Bewerber muss über mindestens eine geeignete Referenz über die Erbringung von vergleichbaren Planungsleistungen verfügen. Die Referenz muss jeweils zwingend sämtliche nachfolgende Anforderungen erfüllen:

- Neubau oder Erweiterung eines Gebäudes;
- min. 5.500 m² BGF (Neubau/reine Erweiterungsfläche)
- Einordnung mindestens in die Honorarzone IV gemäß § 34 i.V.m. Anlage 10 HOAI;
- Projektabschluss (Fertigstellung der LPH 2 bis 8 der zuvor genannten Planungsleistungen) innerhalb der letzten 10 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist).

Im Falle eines Teilnahmeantrags einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder über die nötige Referenz verfügt.

Es ist zulässig, dass der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft dieselben Referenzen wie im Rahmen der „Mindestanforderung: Referenz Bauen“ angibt, sofern die Voraussetzungen jeweils erfüllt sind.

Als Nachweis ist vom Bewerber/der Bewerbergemeinschaft mindestens eine geeignete Referenz mit den auf dem Formblatt „Referenzen“ geforderten Angaben (Namen des Referenzprojekts; Anschrift des Referenzprojekts; Kurzbeschreibung des Projekts inkl. Bilddarstellung (Foto); Name des Bauherrn/Auftraggebers; Anschrift des Bauherrn/Auftraggebers; Bestätigung des Bewerbers zur Referenz) zu benennen. Außerdem sind aussagekräftige Fotos zum Referenzprojekt vorzulegen. Als Anlage ist maximal 1 DIN A4-Blatt je Referenz mit weiteren Informationen zulässig.

Ausländische Bieter

Bieter aus dem (europäischen) Ausland können die für sie geltenden Nachweise vorlegen. Sie haben mit den eingereichten Unterlagen die Gleichwertigkeit mit den o.g. deutschen Nachweisen und Zertifikaten nachzuweisen.

1.3.3 Auswahlkriterien für den Fall, dass mehr als 3 geeignete Bewerber vorhanden sind, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die auch im Übrigen einen wertungsfähigen Teilnahmeantrag abgegeben haben

Die Gemeinde Weingarten (Baden) fordert mindestens 3 (Mindestzahl), aber maximal 5 Bewerber (Höchstzahl) zur Angebotsabgabe auf. Sollten mehr als 3 geeignete Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die auch im Übrigen einen wertungsfähigen Teilnahmeantrag abgegeben haben, vorhanden sein, führt sie unter diesen Bewerbern ein Auswahlverfahren durch, um zu ermitteln, welche Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Die Auswahl erfolgt nach den in der europaweiten Bekanntmachung genannten Auswahlkriterien, die nachfolgend lediglich wiederholt werden.

Nr.	Kriterium	Gewichtung in Punkteanzahl	Maximale Punkteanzahl für das Auswertungskriterium
1	**Referenz „Planen und Bauen“ aus einer Hand** Bei den zur Erfüllung der „Mindestanforderung: Referenz Bauen“ und der „Mindestanforderung: Referenz Planen“ benannten Referenzen handelt es sich um ein einheitliches Projekt, bei dem der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft die Bau- und Planungsleistungen aus einer Hand erbracht hat.	20	20
2	**Referenz Bauen** Die zur Erfüllung der „Mindestanforderung: Referenz Bauen“ benannte Referenz erfüllt zusätzlich die nachfolgend genannten Anforderungen:		30
2.1	**Aktualität** Projektabschluss (Übergabe an den Auftraggeber) innerhalb der letzten 5 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist)	5	5
2.2	**Großküche/Mensa** Das Projekt umfasst den Bau einer Großküche (min. Regenerierküche oder Vollküche) und Mensa.	15	15
2.3	**Bauen im innerstädtischen Kontext** Das Projekt wurde im innerstädtischen Kontext verwirklicht, d. h. es handelt sich um ein Bauvorhaben innerhalb verdichteter Orts- oder Stadtlagen mit angrenzender Bebauung und den damit verbundenen besonderen planerischen und baulogistischen Anforderungen (insbesondere nur sehr beengte Flächen zur Unterbringung von Baustelleneinrichtung).	10	10
3	**Referenz Planen** Die zur Erfüllung der „Mindestanforderung: Referenz Planen“ benannte Referenz erfüllt zusätzlich die nachfolgend genannten Anforderungen:		30
3.1	**Aktualität** Projektabschluss (Fertigstellung der LPH 2 bis 8 der Planungsleistungen) innerhalb der letzten 5 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist)	5	5
3.2	**Großküche/Mensa** Das Projekt umfasst die Planung einer Großküche (min. Regenerierküche oder	5	5

Nr.	Kriterium	Gewichtung in Punkteanzahl	Maximale Punkteanzahl für das Auswertungskriterium
	Vollküche) und Mensa		
3.3	**Bildungseinrichtung** Bei dem Referenzprojekt handelt es sich …		20
	… um eine Schule oder eine andere, vergleichbare Bildungseinrichtung (Kindergarten, Hörsaalgebäude oder ähnliches)	2	
	… um eine Grundschule	4	
	… um eine Schule mit Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10)	4	
	… um eine Schule mit Clusterbereichen für den allgemeinen Unterrichtsbereich	5	
	… um eine Schule mit einem vollständig offenen Lernkonzept für den allgemeinen Unterrichtsbereich	5	
	Hinweis: Erfüllt die Referenz die Anforderungen kumulativ, werden die jeweiligen Punktezahlen addiert, sodass ein Bewerber maximal 20 Punkte erzielen kann, wenn es sich bei der Referenz um ein Schulgebäude mit Grundschule und Sekundarstufe I sowie Cluster und offenem Lernkonzept handelt.		

Bewertungsgrundlage sind die vom Bewerber mit dem Teilnahmeantrag übermittelten Angaben auf dem Formblatt „Referenzen“. Anhand der erreichten Punktzahl ermittelt die Gemeinde Weingarten (Baden) eine Rangfolge der geeigneten Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die auch im Übrigen einen wertungsfähigen Teilnahmeantrag abgegeben haben.

Zur Angebotsabgabe fordert die Gemeinde Weingarten (Baden) die mindestens 3 und maximal 5 Bewerber auf, die die höchste Bewertungspunktzahl erzielt haben. Die übrigen Bewerber nehmen am weiteren Verfahren nicht mehr teil. Erzielen mehrere Teilnahmeanträge die gleiche Punktzahl und stehen damit auf dem gleichen Rang, sind aber weniger Plätze im begrenzten Bewerberkreis, der zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, zu vergeben, so erfolgt die Vergabe der Plätze durch Losentscheid.

1.3.4 Zuschlagsprüfung im Rahmen der Angebotsphase

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.

Die Bewertung erfolgt auf Grundlage der eingereichten Angebote anhand der nachfolgend beschriebenen Zuschlagskriterien. Der Zuschlag wird auf das Angebot erteilt, dass auf Grundlage der nachfolgenden Kriterien die höchste Wertungspunktzahl erzielt.

Die Bieter können hierbei maximal 100 Wertungspunkte (= 100%) erreichen

(Gesamtgewichtung). Diese teilen sich auf die nachfolgenden Zuschlagskriterien wie folgt auf:

Nr.	Kriterium	Maximale Anzahl Wertungspunkte
1	**Städtebauliche und architektonische Qualität** *Der Bieter muss mindestens 9 Punkte erzielen. Wird die Darstellung des Bieters mit weniger als 9 Punkten bewertet, wird er für das weitere Verfahren nicht mehr berücksichtigt.* *Die Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt durch ein von der Auftraggeberin eingesetztes Gremium, das voraussichtlich aus Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie ggf. externen Fachleuten besteht. Das Gremium spricht eine Bewertungsempfehlung aus. Die endgültige Wertungsentscheidung trifft die Auftraggeberin auf Grundlage dieser Empfehlung.*	**15**
1.1	**Städtebauliche Qualität** Zielsetzung des Auftraggebers ist es sicherzustellen, dass sowohl hinsichtlich der Maßstäblichkeit in Bezug auf die städtebauliche Umgebung als auch in Struktur und Gliederung des Gebäudes ein zeitlos ansprechendes, funktionales städtebauliches Gesamtkonzept entsteht mit eindeutiger Adressbildung sowie hoher Aufenthaltsqualität außen. Erwartet wird eine maßstäblich gegliederte, neben den funktionalen Abläufen, auch den städtebaulichen Aspekten genügende Gesamtplanung.	**5**
1.2	**Architektonische Qualität** Zielsetzung des Auftraggebers ist es, eine hochwertige architektonische Qualität sicherzustellen. Entstehen soll ein zeitgemäß gestaltetes Gebäude mit einer eindeutig definierten Zugangssituation. Die Bedeutung des Gesamtkomplexes muss bei der Gestaltung im Hinblick auf eine hochwertige Architekturqualität Berücksichtigung finden. Der Auftraggeber erwartet hier ein zeitlos ansprechendes funktionales Gestaltungskonzept des Gebäudes, einfache Orientierung, Ablesbarkeit der Funktionen, Übersichtlichkeit des Gestaltungskonzepts und Qualität des Farb- und Materialkonzept im Innen- und Außenraum.	**10**
2	**Funktionalität, Erschließung und Raumprogramm** *Der Bieter muss mindestens 12 Punkte erzielen. Wird die Darstellung des Bieters mit weniger als 12 Punkten bewertet, wird er für das weitere Verfahren nicht mehr berücksichtigt.* *Die Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt durch ein von der Auftraggeberin eingesetztes Gremium, das voraussichtlich aus Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie ggf. externen Fachleuten besteht. Das Gremium spricht eine Bewertungsempfehlung aus. Die endgültige Wertungsentscheidung trifft die Auftraggeberin auf Grundlage dieser Empfehlung.*	**20**
2.1	**Umsetzung Raumprogramm (Gebäude und Freianlagen)** Zielsetzung des Auftraggebers ist es, bei der Umsetzung des Raumprogramms eine hohe Flächeneffizienz (Programmfläche / Bruttogrundfläche) sicherzustellen. Es erfolgt eine Bewertung der Einhaltung vorgegebenen Raumgrößen und Außenflächen	**10**

Nr.	Kriterium	Maximale Anzahl Wertungspunkte
	sowie deren Raumzuschnitte und -abmessungen. Dabei ist auf eine gute Proportionierung aller Räume im Sinne der vorgesehenen Nutzungen zu achten.	
2.2	**Umsetzung Funktionsprogramm (Gebäude und Freianlagen)** Zielsetzung des Auftraggebers ist es, eine möglichst schlüssige Umsetzung des Funktionsprogramms (Gebäude und Freianlagen) einschließlich Erschließungskonzept sicherzustellen. Es erfolgt eine Gesamtbewertung der innenräumlichen Gestaltung inkl. Flächengestaltung. Bewertet wird die Anordnung der Räumlichkeiten im Hinblick auf die gewünschten Funktionsbeziehungen gemäß Funktionsschemata und -beschreibung insbesondere auch in Bezug auf Cluster- bzw. Schulkonzept (Unterstützung der pädagogischen Zielsetzungen) sowie Arbeitsplatzqualität. Im Rahmen der Erschließung werden insbesondere die Aspekte der Orientierung im Gebäude und außerhalb des Gebäudes und der Eingänge zu den zu erwartenden Verkehrsströmen, Wegeführung zu der Parkierung (Pkw/Fahrrad) und Anlieferung sowie deren Anbindung an den öffentlichen Verkehrsraum und Übergänge von Freiraum zu den Gebäuden und den Erdgeschossnutzungen bewertet. Für die Nutzer soll ein klares Erschließungskonzept im Innen- und Außenraum erkennbar sein (einfache Orientierung, großzügige und zusammenhängende Flur- und Aufenthaltsflächen, zentrale Anbindung aller wesentlichen Flächen, kurze Wege).	**10**
3	**Baukonstruktive Qualität** Zielsetzung des Auftraggebers ist ein funktionales, bedarfsgerechtes, wirtschaftliches und gestalterisch anspruchsvolles sowie ressourcenschonendes und energiesparendes Bauen. Im Sinne einer zukunftsorientierten Bauweise ist auch bei der Auswahl der Produkte und Baustoffe Wert auf eine größtmögliche Flexibilität und Robustheit für eine langlebige, betriebswirtschaftliche zukünftige Nutzung des Gebäudes zu legen. Für die Entwicklung der baukonstruktiven Qualität ist die funktionale Leistungsbeschreibung „Planen und Bauen“ zugrunde zu legen. Es werden das Gebäude in Bezug auf Rohbau, Fassade, Ausbau und baukonstruktive Einbauten als auch die entstehenden Freianlagen sowohl in Bezug auf erdgebundene wie auch ggf. vorgesehene Dachnutzungen bewertet. Die technischen Vorgaben aus der FLB sind einzuhalten.	**4**
4	**Technische Qualität** Zielsetzung des Auftraggebers ist es, eine möglichst hohe technische Qualität der Technischen Ausrüstung (TA) sicherzustellen, insbesondere die Qualität der verwendeten Komponenten und Konzepte bei Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro, Küchen-/Labortechnik sowie der Mess-, Steuer- und Regeltechnik und deren Zusammenspiel. Gleichzeitig soll eine möglichst große Nutzerfreundlichkeit (einschließlich Regelung der Räume, Trägheit des Systems) sowie die Qualität des aktiven sommerlichen Wärmeschutzes (einschließlich Sonnenschutz) inkl. der Wartungsfreundlichkeit der TA-Anlagen sichergestellt werden. Für die Entwicklung der Technischen Qualität ist die funktionale	**6**

Nr.	Kriterium	Maximale Anzahl Wertungspunkte
	Leistungsbeschreibung „Planen und Bauen“ zugrunde zu legen. Die technischen Vorgaben aus der FLB sind einzuhalten.	
5	**Energie und Nachhaltigkeit**	**10**
5.1	**Nachhaltigkeitskonzept** Zielsetzung des Auftraggebers ist es sicherzustellen, dass das Gebäude über ein möglichst wirtschaftliches und nachhaltiges energetisches Gesamtkonzept (passive Energiequellen, erneuerbare Energieträger, Lüftung/ Kühlung, sommerlicher Wärmeschutz, etc.) verfügt. Dem Einsatz erneuerbarer Energien (Sonnenenergie, Wind, Wasser, Luft, usw.), aber auch von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen soll, sofern technisch sinnvoll und wirtschaftlich vorteilhaft, so weit als möglich Rechnung getragen werden. Grundsätzliches Ziel sind energetisch und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen für eine hohe Energieeffizienz aller einzusetzenden Energieträger unter Berücksichtigung einer möglichst effizienten Betriebskostenoptimierung. Es wird die Ganzheitlichkeit des Nachhaltigkeitskonzepts bewertet in Bezug auf ökonomisch Qualität, ökologische Qualität, soziokulturelle und funktionale Qualität, technische Qualität und Prozessqualität sowie eine ggf. angestrebte Zertifizierung und deren Zielerreichungsgrad.	**8**
5.2	**Barrierefreiheit** Zielsetzung des Auftraggebers ist es, eine möglichst große Barrierefreiheit sicherzustellen. Bewertet wird das ganzheitliche Konzept zur Barrierefreiheit. Es wird einerseits die Schlüssigkeit des Gesamtkonzepts in Bezug auf verschiedene Formen der Einschränkung (Mehrsinneprinzip) bewertet als auch die vorgesehenen Einzelelemente in Bezug auf Funktionalität und Angemessenheit. Das Erschließungskonzept spielt hierbei in seiner Gesamtausgestaltung als auch Detailausbildung eine entscheidende Rolle.	**2**
6	**Abwicklungskonzept**	**5**
6.1	**Baulogistik** Zielsetzung des Auftraggebers ist es eine gute Baulogistik sicherzustellen. Dies ist der Fall, wenn durch das Bauabwicklungskonzept des Bieters die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit der umliegenden Gebäude im Bauablauf durchgängig gewährleistet ist, die vollständige Baustelleneinrichtung ausschließlich und nachvollziehbar auf dem Baugrundstück funktioniert sowie gleichzeitig die termingerechte Bauabwicklung gewährleistet ist.	**3**
6.2	**Planungsphase** Die Auftraggeberin erwartet für die Bewertung dieses Kriteriums Ausführungen zum Gesamtablauf der Planungsphase auch im Übergang zur späteren Bauphase. Es wird bewertet, ob und wie der Auftraggeber gemäß Ausschreibungsunterlagen in den Projektablauf eingebunden wird und ob die notwendigen Zeiträume im Terminplan nachvollziehbar dargestellt werden. Ein Organigramm soll nachvollziehbar darstellen, wie	**2**

Nr.	Kriterium	Maximale Anzahl Wertungspunkte
	die Gesamtorganisation des Bieters intern und extern vorgesehen ist. Es ist dabei von Relevanz, dass der Planungsprozess nachvollziehbar aufgestellt wird, die vorgesehenen Termine plausibel eingehalten werden können und alle in den Vergabeunterlagen dargestellten Prozesse korrekt und vollständig berücksichtigt sind.	
7	**Preis/Kosten** Bewertet wird die kumulierte Angabe aus Pauschalfestpreis des Bieters, Wartungskosten für den im Preisblatt angegebenen Zeitraum und fiktiv über Flächen und Energiebedarfe ermittelte Betriebskosten gemäß Preisblatt. Die wertungsrelevante Summe ist eindeutig als solche im Preisblatt gekennzeichnet. Das Angebot mit dem niedrigsten Preis bzw. Kosten erhält die volle Punktzahl (40 Wertungspunkte). Die Angebotspreise der übrigen Bieter werden über die einseitige Interpolationsmethode (lineare Interpolation zwischen dem günstigsten Angebot und einem fiktiven 1,5fach so teuren Angebot) in Wertungspunkte umgerechnet. Die Festlegung erfolgt bis auf zwei Stellen hinter dem Komma.	**40**

Bewertungsgrundlage der nicht-preislichen Zuschlagskriterien (Zuschlagskriterien Nr. 1 bis 6) sind alle vom Bieter mit seinem Angebot einzureichenden Unterlagen (siehe hierzu im Einzelnen die Aufforderung zur Angebotsabgabe). In ihnen haben die Bieter nachvollziehbar darzustellen, wie sie die Zielsetzung des Auftraggebers im konkreten Fall erreichen möchten.

Bewertungsgrundlage des Zuschlagskriteriums Nr. 7 sind die Angaben des Bieters auf dem Preisblatt.

Die Bewertung erfolgt für die nicht-preislichen Zuschlagskriterien (Zuschlagskriterien 1 bis 6) nach Schulnoten, wobei die einzelnen Schulnoten wie folgt vergeben werden:

sehr gut	100 % der im Unterkriterium maximal erreichbaren Punkte
gut	80 % der im Unterkriterium maximal erreichbaren Punkte
befriedigend	60 % der im Unterkriterium maximal erreichbaren Punkte
ausreichend	40 % der im Unterkriterium maximal erreichbaren Punkte
mangelhaft	20 % der im Unterkriterium maximal erreichbaren Punkte
ungenügend / keine Angaben	0 Punkte

Hierbei ist zu beachten, dass das im Vergleich mit anderen Angeboten jeweils beste Angebot in einem Unterkriterium nicht automatisch die maximale Punktzahl erhält. Eine Bewertung als „gute Umsetzung“ hat also immer die Bewertung mit 80 % der im Unterkriterium maximal erreichbaren Punkte zur Folge. Auch wenn alle anderen Angebote in diesem Kriterium schlechter bewertet werden, erhält das in diesem Unterkriterium beste Angebot nicht die erreichbare Maximalpunktzahl.

1.4 Abschließende Liste aller verlangten Nachweise und Erklärungen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs

Die nachfolgend abschließend aufgezählten Angaben und Unterlagen muss der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag übermitteln. Sie sind vor Ablauf der Teilnahmefrist vorzulegen.

Lfd. Nr.	Bezeichnung
1	**Teilnahmeantrag** (beinhaltet Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, eines ausreichenden Versicherungsschutzes, Erklärung zum Umsatz und Erklärung zur Befugnis der Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen)
2	**Musterverpflichtungserklärung nach LTMG**
3	**Formblatt „Erklärung zu Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014“**
4	**Formblatt „Referenzen („Bauen“ und „Planen“)“**
5	**Anlagen zu den benannten Referenzen „Bauen“ und „Planen“**
6	Soweit einschlägig: **Formblatt „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“**
7	Soweit einschlägig: **Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“**
8	Soweit einschlägig: **Formblatt „Erklärung Bewerber- und Bietergemeinschaft“**
9	Soweit einschlägig: **Unterlagen, die zur Prüfung der Selbstreinigung bzw. Ablaufs der Ausschlussfrist erforderlich sind**

2 Formblatt Teilnahmeantrag und weitere Formblätter

An die
Gemeinde Weingarten (Baden)
Über die Vergabeplattform

TEILNAHMEANTRAG

Vergabe der Leistung
Neubau der Turmbergschule („Planen und Bauen“)

1. Ich/wir,

   Bitte ausfüllen:

Name des Bewerbers:	
Anschrift:	
Telefonnummer:	
E-Mail-Adresse:	
USt.-ID-Nr.:	
HR-Nr. und Registergericht:	
KMU iSd EU-Empfehlung 2003/361?	Ja: ☐ Falls ja: Kleinstunternehmen: ☐ Kleines Unternehmen: ☐ Mittleres Unternehmen: ☐ Nein: ☐
Form der Beteiligung am Vergabeverfahren:	Einzelbewerber: ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft: ☐ Eignungsleihendes Unternehmen: ☐

   beantrage/beantragen hiermit meine/unsere Teilnahme an dem oben genannten Vergabeverfahren.

2. Ich erkläre/Wir erklären, dass *(Zutreffendes bitte ankreuzen)*:

   ☐ *keine* Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen;

   ☐ Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen;

- ☐ Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen, aber ich/wir den Nachweis einer erfolgten Selbstreinigung führen kann/können oder nachweisen kann/können, dass der zulässige Zeitraum für Ausschlüsse abgelaufen ist (vgl. §§ 125 und 126 GWB; § 6f VOB/A EU) und füge meinem/fügen unserem Teilnahmeantrag alle Unterlagen bei, die zur Prüfung der Selbstreinigung bzw. Ablaufs der Ausschlussfrist erforderlich sind.

3. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dass ich/wir und meine/unsere Nachunternehmer im Zeitpunkt des Beginns der Durchführung des Auftrags über eine dem Auftragsrisiko angemessene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügen. Der Deckungsumfang der Versicherung entspricht den deutschen allgemeinen Haftpflichtbedingungen (AHB). Die Deckungssummen für die Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung sind jeweils in Höhe von mindestens EUR 5.000.000,00 (jeweils zweifach maximiert pro Jahr) verfügbar. Auf Verlangen des Auftraggebers während der Vertragslaufzeit weise ich/weisen wir das Vorliegen der Versicherung umgehend nach.

4. Mein Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren beträgt:

   Bitte Jahres- und Umsatzangabe ausfüllen:

Angabe des Geschäftsjahres		**Umsatzangabe in EUR (netto)**
	(letztes Geschäftsjahr)	
	(vorletztes Geschäftsjahr)	
	(drittletztes Geschäftsjahr)	

5. Ich erkläre/ Wir erklären, dass ich/ wir zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen befugt bin.

   Ich bin / Wir sind

   Zutreffendes bitte ankreuzen:

   - ☐ im Handelsregister eingetragen;
   - ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen;
   - ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen;
   - ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

   Ich beschäftige/ Wir beschäftigen
   - ☐ einen bauvorlageberechtigten Entwurfsverfasser (vgl. §§ 43, 63a Landesbauordnung Baden-Württemberg) im eigenen Unternehmen;
   - ☐ *keinen* bauvorlageberechtigten Entwurfsverfasser (vgl. §§ 43, 63a Landesbauordnung Baden-Württemberg) im eigenen Unternehmen.

   Falls mein/unser Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen des Auftraggebers zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorle-

gen: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer, geeignete Unterlage zum Nachweis der Bauvorlageberechtigung des Entwurfsverfassers.

Anmerkung: Soweit keine Befugnis zur Leistungserbringung im eigenen Unternehmen des Bewerbers/ den Unternehmen der Bewerbergemeinschaft besteht und deshalb der Einsatz von Nachunternehmern beabsichtigt ist, handelt es sich um einen Fall der Eignungsleihe. In diesem Fall muss mit dem Teilnahmeantrag neben dem Formblatt „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“ auch das Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ übermittelt werden.

6. Angaben zum Nachunternehmereinsatz:

   Zutreffendes bitte ankreuzen:

   ☐ Ich beauftrage/Wir beauftragen für die Leistungserbringung keine Nachunternehmer.

   oder

   ☐ Ich beauftrage/Wir beauftragen für die Leistungserbringung Nachunternehmer und füge das ausgefüllte **Formblatt „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“** meinem Teilnahmeantrag bei.

   sofern ein Nachunternehmereinsatz erfolgt, bitte nachfolgend das Zutreffende ankreuzen:

   ☐ Das ausgefüllte **Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“** füge ich meinem Teilnahmeantrag ebenfalls bereits bei (Hinweis: im Falle der Eignungsleihe verpflichtend).

   ☐ Das ausgefüllte **Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“** übermittle ich auf Anforderung des Auftraggebers.

7. Ich erkläre mich/Wir erklären uns damit einverstanden, dass die von mir/uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden dürfen. Vorsorglich habe ich/haben wir bzw. mein(e)/unser(e) Nachunternehmer wegen aller übermittelten personenbezogenen Daten die Einwilligung der jeweils betroffenen Person(en) eingeholt, welche den Auftraggeber dazu berechtigt, die übermittelten personenbezogenen Daten im Rahmen der Abwicklung des Vergabeverfahrens gemäß den einschlägigen rechtlichen Vorgaben zu verarbeiten. Mir/Uns ist bewusst, dass der Auftraggeber die Datenverarbeitung gegebenenfalls auch auf Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c DSGVO i. V. m. den jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften stützen kann.

8. Ich erkläre/Wir erklären, dass soweit ich/wir personenbezogene Daten übermittle/übermitteln oder der Auftraggeber aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung des Vergabeverfahrens zur Erhebung personenbezogener Daten von Beschäftigten meines/unseres Unternehmens oder meines/unseres Nachunternehmers berechtigt/verpflichtet ist, dass die betroffene Person bereits über alle nach Art. 13 oder Art. 14 DSGVO erforderlichen Informationen verfügt, sodass sich eine Informationspflicht des Auftraggebers gemäß Art. 13 Abs. 4 bzw. Art. 14 Abs. 5 lit. a

DSGVO erübrigt. Komme ich/kommen wir bzw. meine/unsere Nachunternehmer dieser Verpflichtung nicht nach und haftet der Auftraggeber deswegen dem Betroffenen auf Schadensersatz oder wird deswegen gegen ihn ein Bußgeld verhängt, stelle ich/stellen wir den Auftraggeber hiervon frei.

Unserem Teilnahmeantrag sind folgende Anlagen beigefügt (bitte ankreuzen):

Dokument	**Verpflichtend vorzulegen**	**Nur vorzulegen, wenn konkret einschlägig**
Musterverpflichtungserklärung nach LTMG	☐	
Formblatt „Erklärung zu Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014“	☐	
Formblatt „Referenzen („Bauen“ und „Planen“)“	☐	
Anlagen zu den benannten Referenzen „Bauen“ und „Planen“	☐	
Formblatt „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“		☐
Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“		☐
Formblatt „Erklärung Bewerber- und Bietergemeinschaft“		☐
Unterlagen, die zur Prüfung der Selbstreinigung bzw. Ablaufs der Ausschlussfrist erforderlich sind		☐

(Ort, Datum)

(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bieters in Textform)

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
  oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragen Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
    - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
    - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
    - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

_____

Ort, Datum Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

_____

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.

- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;

- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die

Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
    - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
    - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
    - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
    - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

_____

Ort, Datum Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

_____

Ort, Datum Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

_____

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Anlage zum Teilnahmeantrag: Formblatt „Erklärung zu Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014“

Ausfüllhinweis: Vom Bewerber auszufüllen.

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
   a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
   b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
   c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerbers in Textform)

Formblatt „Referenzen („Bauen“ und „Planen“)“

Ausfüllhinweis: Vom Bewerber auszufüllen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft bitte gesondert von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft ausfüllen und vorlegen.

1. Referenz zur Erfüllung der Mindestanforderung „Bauen“ und zugehörige Auswahlkriterien

Der Bewerber muss über mindestens eine geeignete Referenz über die Erbringung von vergleichbaren Bauleistungen verfügen. Die Referenz muss jeweils zwingend sämtliche nachfolgende Anforderungen erfüllen:

- Schlüsselfertiger Neubau oder Erweiterung eines Gebäudes;
- mindestens 5.500 m² BGF (Neubau/reine Erweiterungsfläche);
- Einordnung mindestens in HZ IV gemäß § 34 i.V.m. Anlage 10 HOAI;
- Projektabschluss (Übergabe an den Auftraggeber) innerhalb der letzten 10 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist).

Im Falle eines Teilnahmeantrags einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder über die nötige Referenz verfügt.

Es ist zulässig, dass der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft dieselben Referenzen wie im Rahmen der „Mindestanforderung: Referenz Planen“ angibt, sofern die Voraussetzungen jeweils erfüllt sind.

Name des Referenzprojekts:	
Anschrift des Referenzprojekts:	
Aussagekräftige Kurzbeschreibung des Projekts (insbesondere Angaben zu den vom Bewerber erbrachten Leistungen) inkl. Bilddarstellung (Foto)**:** *Foto(s) sind dem Teilnahmeantrag gesondert beizufügen.*	
Name des Bauherrn/Auftraggebers:	
Anschrift des Bauherrn/Auftraggebers:	
Ansprechpartner beim Bauherrn/Auftraggeber inkl. Telefonnummer	
Bestätigung des Bewerbers zur Referenz (bitte ankreuzen)	☐ Hiermit bestätige ich ausdrücklich, dass die angegebene Referenz die oben genannten Mindestanforderungen erfüllt.

Zusätzliche Angaben zur Referenz zum Zwecke der Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wenn mehr als fünf geeignete Bewerber zur Verfügung stehen:	
Aktualität: Projektabschluss (Übergabe an den Auftraggeber) innerhalb der letzten 5 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist)? (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein
Großküche/Mensa: Umfasst das Projekt den Bau einer Großküche (min. Regenerierküche oder Vollküche) und Mensa? (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein
Bauen im innerstädtischen Kontext: Wurde das Projekt im innerstädtischen Kontext verwirklicht, d. h. es handelt sich um ein Bauvorhaben innerhalb verdichteter Orts- oder Stadtlagen mit angrenzender Bebauung und den damit verbundenen besonderen planerischen und baulogistischen Anforderungen (insbesondere nur sehr beengte Flächen zur Unterbringung von Baustelleneinrichtung)? (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein

2. Referenzen zur Erfüllung der Mindestanforderung „Planen“ und zugehörige Auswahlkriterien

Der Bewerber muss über mindestens eine geeignete Referenz über die Erbringung von vergleichbaren Planungsleistungen verfügen. Die Referenz muss jeweils zwingend sämtliche nachfolgende Anforderungen erfüllen:

- Neubau oder Erweiterung eines Gebäudes;
- min. 5.500 m² BGF (Neubau/reine Erweiterungsfläche)
- Einordnung mindestens in die Honorarzone IV gemäß § 34 i.V.m. Anlage 10 HOAI;
- Projektabschluss (Fertigstellung der LPH 2 bis 8 der zuvor genannten Planungsleistungen) innerhalb der letzten 10 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist).

Im Falle eines Teilnahmeantrags einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder über die nötige Referenz verfügt.

Es ist zulässig, dass der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft dieselben Referenzen wie im Rahmen der „Mindestanforderung: Referenz Bauen“ angibt, sofern die Voraussetzungen jeweils erfüllt sind.

Name des Referenzprojekts:	

Anschrift des Referenzprojekts:	
Aussagekräftige Kurzbeschreibung des Projekts (insbesondere Angaben zu den vom Bewerber erbrachten Leistungen) inkl. Bilddarstellung (Foto)**:** *Foto(s) sind dem Teilnahmeantrag gesondert beizufügen.*	
Name des Bauherrn/Auftraggebers:	
Anschrift des Bauherrn/Auftraggebers:	
Ansprechpartner beim Bauherrn/Auftraggeber inkl. Telefonnummer	
Bestätigung des Bewerbers zur Referenz (bitte ankreuzen)	☐ Hiermit bestätige ich ausdrücklich, dass die angegebene Referenz die oben genannten Mindestanforderungen erfüllt.
Zusätzliche Angaben zur Referenz zum Zwecke der Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wenn mehr als fünf geeignete Bewerber zur Verfügung stehen:	
Aktualität: Projektabschluss (Fertigstellung der LPH 2 bis 8 der Planungsleistungen) innerhalb der letzten 5 Jahre (gerechnet ab dem Tag des Ablaufs der Teilnahmefrist)? (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein
Großküche/Mensa: Umfasst das Projekt die Planung einer Großküche (min. Regenerierküche oder Vollküche) und Mensa? (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein
Bildungseinrichtung: Handelt es sich bei dem Referenzprojekt um … … um eine Schule oder eine andere, vergleichbare Bildungseinrichtung (Kindergarten, Hörsaalgebäude oder ähnliches)? … um eine Grundschule? … um eine Schule mit Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10)?	 ☐ Ja ☐ Nein ☐ Ja ☐ Nein ☐ Ja ☐ Nein

… um eine Schule mit Clusterbereichen für den allgemeinen Unterrichtsbereich? … um eine Schule mit einem vollständig offenen Lernkonzept für den allgemeinen Unterrichtsbereich (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein ☐ Ja ☐ Nein

3. Auswahlkriterium Ziff. 1: Referenz „Planen und Bauen“ aus einer Hand

Zusätzliche Angaben zur Referenz zum Zwecke der Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wenn mehr als fünf geeignete Bewerber zur Verfügung stehen:	
Bei den zur Erfüllung der „Mindestanforderung: Referenz Bauen“ und der „Mindestanforderung: Referenz Planen“ benannten Referenzen handelt es sich um ein einheitliches Projekt, bei dem der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft die Bau- und Planungsleistungen aus einer Hand erbracht hat? (bitte ankreuzen)	☐ Ja ☐ Nein

Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass Falschangaben zum Ausschluss vom Vergabeverfahren (vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 8, Nr. 9 GWB) führen können.

Ich erkläre mich/Wir erklären uns ausdrücklich damit einverstanden, dass der Auftraggeber den Referenzgeber zur Überprüfung der Referenz kontaktiert.

(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerbers in Textform)

Formblatt „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmen“

Von den Bewerbern nur auszufüllen und vorzulegen, soweit einschlägig.

Bewerber (Angabe des Bewerbernamens)	Ausschreibung Neubau Turmbergschule in Weingarten (Baden) („Planen und Bauen“)	Datum

Ergänzung des Angebotsschreibens

Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bewerber der Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) anderer Unternehmen bedienen wird

Zur Ausführung der im Teilnahmeantrag und im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich die Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeit anderer Unternehmen bedienen werde(n).

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

(Ort, Datum)

(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerbers in Textform)

Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“

Von den Bewerbern bzw. Bietern nur auszufüllen und vorzulegen, soweit einschlägig.

Achtung: die Erklärung ist vom jeweiligen Unterauftragnehmer zu unterzeichnen!

Ausfüllhinweis: Beim Einsatz mehrerer Unterauftragnehmer ist das Formblatt zu kopieren und von jedem Unterauftragnehmer unterzeichnet einzureichen.

Bewerber bzw. Bieter (Name des Bewerbers bzw. Bieters)	Ausschreibung Neubau Turmbergschule in Weingarten (Baden) („Planen und Bauen“)	Datum

Name des sich verpflichtenden Unternehmens, Kontaktdaten und gesetzlicher Vertreter (nicht des Bewerbers bzw. Bieters!) Name des sich verpflichtenden Unternehmens:
Anschrift: Telefonnummer: E-Mail-Adresse:
Name des gesetzlichen Vertreters:

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o. g. Bewerber bzw. Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

Ich erkläre/Wir erklären, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen):

☐ *keine* Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen

☐ Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen

☐ Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie § 6e VOB/A EU einschließlich § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen, aber ich/wir den Nachweis einer erfolgten Selbstreinigung führen kann/können oder nachweisen kann/können, dass der zulässige Zeitraum für Ausschlüsse abgelaufen ist (vgl. §§ 125 und 126 GWB; § 6f VOB/A EU) und füge meinem/fügen unserem Angebot alle Unterlagen bei, die zur Prüfung der Selbstreinigung bzw. Ablaufs der Ausschlussfrist erforderlich sind.

Im Falle der Eignungsleihe (§ 6d VOB/A EU) zusätzlich:

Ich erfülle/Wir erfüllen die an die Bewerber zu stellenden Eignungskriterien wegen derer sich der Bieter meine/unsere Kapazitäten in Anspruch nimmt. Die entsprechenden Eignungsnachweise sind als **Anlage** beigefügt.

Nimmt ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch: Mit Unterzeichnung dieses Formblatt verpflichte ich mich/wir uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den oben genannten Bewerber bzw. Bieter mit ihm gemeinsam entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu haften (§ 6d Abs.2 VOB/A EU).

(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Unterauftragnehmers in Textform)

Formblatt „Erklärung Bewerber- und Bietergemeinschaft“

Von den Bewerbern nur auszufüllen und vorzulegen, soweit einschlägig.

Bewerber (Name des Bewerbers)	Ausschreibung Neubau Turmbergschule in Weingarten (Baden) („Planen und Bauen“)	Datum

Erklärung der Bewerber- und Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerber- und Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter:

Mitglied _____

USt.-ID _____

Weitere Mitglieder:

Mitglied _____

USt.-ID _____

Mitglied _____

USt.-ID _____

Mitglied _____

USt.-ID _____

beschließen, im Fall der Auftragserteilung eine Bewerber- und Bietergemeinschaft zu bilden.

Wir erklären, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerber- bzw. Bietergemeinschaftsmitglieds in Textform)
(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerber- bzw. Bietergemeinschaftsmitglieds in Textform)

(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerber- bzw. Bietergemeinschaftsmitglieds in Textform)
(Ort, Datum)	(Name einer vertretungsberechtigten Person des Bewerber- bzw. Bietergemeinschaftsmitglieds in Textform)